

# Eulen nach Athen: Europas soziale Dimension

Der Krise 2008/09 folgten für viele EU-Länder magere Jahre. Einige Initiativen sollen die EU nun sozialer machen. Zuletzt beschloss Brüssel die „Säule sozialer Rechte“. Übersehen wird, dass die EU sozial und bei der Angleichung der Lebensverhältnisse erfolgreich ist.

Rolf Gleißner  
Christa Schweng

Zentrale Ziele der EU sind die Kohäsion, also der Zusammenhalt, und die Konvergenz, also die wirtschaftliche Annäherung der EU-Staaten. Grundlagen der EU sind die vier Grundfreiheiten und eine Umverteilung von reicheren zu ärmeren Ländern. Damit setzt die EU dort an, wo die größte Ungleichheit besteht, nämlich zwischen den EU-Staaten.

Einkommen sind in der EU genauso ungleich verteilt wie in den USA: In den USA sind die Unterschiede zwischen den Bundesstaaten gering, innerhalb der Gesellschaft groß. Hingegen sind die Gesellschaften in den EU-Staaten relativ egalitär, aber die Unterschiede zwischen den Staaten sind groß. Zu Kaufkraftparitäten verdienen Holländer und Österreicher fast dreimal so viel wie Bulgaren.

Dabei haben sich die Lebensstandards in der EU im Langzeitvergleich angeglichen. Alle neuen EU-Staaten haben seit ihrem Beitritt stark aufgeholt. Das galt bis zur Krise auch für Spanien und Griechenland.

Das ist auch Folge der EU-Politik: Der Binnenmarkt schafft Größenvorteile und macht die EU als Ganzes wettbewerbsfähig. Die Umverteilung über die diversen EU-Fonds stärkt die strukturschwachen Länder. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ermöglicht eine Arbeitsmigration, die die Arbeitsmärkte ärmerer und krisengeschüttelter Länder entlastet.

Auch das Sozialmodell der EU-Staaten selbst ist durch dichte Gesetzgebung, hohe Sozialausgaben und massive Umverteilung geprägt. Denn auf die EU entfallen sieben Prozent der Weltbevölkerung, 23 Prozent des Welt-Brutto-sozialprodukts und circa 50 Prozent der globalen Sozialausgaben.

## „Säule sozialer Rechte“

Trotz dieses klaren Befunds sieht die EU-Politik nach Jahren, die in manchen Ländern durch Krisen und Sparmaßnahmen geprägt waren, sozialen Nachholbedarf. Daher proklamierten die EU-Staats- und Regierungschefs am 17. 11. feierlich die „Europäische Säule sozialer Rechte“. Sie soll faire und gut funktionierende Arbeitsmärkte und Sozialsysteme unterstützen und ein „Kompass für bessere Arbeits- und Lebens-

bedingungen in den Mitgliedstaaten“ sein. Die Säule wird die Mitgliedstaaten verpflichten, über Fortschritte bei den Rechten und Prinzipien der Säule im Rahmen des Europäischen Semesters zu berichten.

Grundsätzlich stellen sich in fast allen EU-Ländern dieselben sozialen Herausforderungen:

- mehr Menschen aller Altersgruppen im Arbeitsmarkt unterzubringen,
- das Pensionsantrittsalter entsprechend der Lebenserwartung anzuheben,
- eine nachhaltige demografische Entwicklung,
- den richtigen Mittelweg zwischen flexiblen und sicheren Arbeitsverträgen zu finden,
- den Faktor Arbeit steuerlich zu entlasten,
- Bildung und lebenslanges Lernen etwa im Hinblick auf die Digitalisierung zu verbessern.

Es gibt kein Patentrezept, stets ist zu prüfen, wo einheitliche EU-Standards sinnvoll sind und wo nicht: Der Binnenmarkt mit den vier Grundfreiheiten stärkt nicht nur die EU, sondern wirkt auch sozial. Eine Einschränkung insbesondere der Personenfreizügigkeit wäre daher kontraproduktiv. Doch sind auch die Regeln flächig durchzusetzen, vor allem

die Lohnstandards vor Ort!

Auch das umfangreiche EU-Recht für den Arbeitnehmerschutz ergibt Sinn, da es hier um objektivierte Standards für die Gesundheit von Arbeitnehmern geht. Hingegen sollte im Arbeits- und Sozialrecht im Einzelfall geprüft werden, ob es nicht national bleiben sollte. Denn es handelt sich hier um historisch gewachsene Materien, die fest mit den Institutionen und Traditionen eines Landes verbunden sind. Mehr Europa erfordert hingegen der Bereich Migration und Asyl.

Neben EU-Standards gibt es andere, „sanftere“ Instrumente, etwa die Festlegung gemeinsamer Ziele und deren periodische Überprüfung. Das Europäische Semester zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik sieht etwa Empfehlungen an die Mitgliedstaaten und ein eigenes Verfahren für Länder vor, in denen ein Ungleichgewicht festgestellt wird.

Am Europäischen Semester zeigt sich, dass Sozialpolitik auch auf EU-Ebene keine Einbahnstraße ist: Sozialer Zusammenhalt



Eine Demonstration gegen Sozialdumping vor der Europäischen Kommission in Brüssel im April. Im Vergleich mit Japan oder den USA ist die EU jedoch durchaus sozial, meinen die Autoren.

und Schutzstandards sind ebenso wichtig wie die Nachhaltigkeit der Sozialsysteme und Staatshaushalte, das Funktionieren der Arbeitsmärkte und die Behauptung der EU im globalen Wettbewerb. All dies erfordert oft soziale Einschnitte, etwa Pensions- und Arbeitsmarktreformen.

Fazit: Auch in der Sozialpolitik sollte die EU nur Materien regeln, die einen europäischen Mehrwert schaffen, etwa den Binnenmarkt fördern, den fairen Wettbewerb oder ein Mindestniveau im Arbeitnehmerschutz. Dabei muss einem bewusst sein, dass die EU und ihre Mitglieder im Vergleich zu den USA, Japan oder der Schweiz bereits sehr sozial sind. Doch fehlt dieses Bewusstsein bei Bürgern, Politikern und Medien. Bekanntlich wird Negatives wie die Finanzkrise und Sparmaßnahmen gern Brüssel zugeschrieben. Positives gern national „verkauft“. Es ist dieses Kommunikationsdefizit, das zu EU-Verdrossenheit führt, nicht mangelnde europäische Sozialgesetzgebung.

**CHRISTA SCHWENG** ist EWSA-Mitglied und Referentin in der Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit der Wirtschaftskammer.

**ROLF GLEISSNER** ist stellvertretender Abteilungsleiter in der Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit der Wirtschaftskammer Österreich. Langfassung siehe Policy-Brief der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGFE): [oegfe.at/oegfe-policy-briefs](http://oegfe.at/oegfe-policy-briefs)

## Türkei: Das große Schweigen über die Wirtschaftsmisere

Illiberale Demokratie und ökonomischer Niedergang

Nuray Mert

In der Türkei spricht man besser nicht über die verheerende wirtschaftliche Lage. Das neoliberale Wirtschaftsmodell, das in den 1990er-Jahren populär wurde und die weltweite Durchsetzung von Demokratie versprach, hat sich weitgehend als Reinfall erwiesen. Das zeigt zumindest der derzeitige Anstieg der „illiberalen Demokratien“ in nichtwestlichen Gesellschaften.

Die Türkei ist unter der amtierenden Partei AKP, die seit 2002 die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, eine dieser illiberalen Demokratien. In Ermangelung starker Institutionen und schwächelnder Mechanismen der Gewaltenteilung hat die Regierungspartei ein mehrheitlich populistisches System etabliert, in dem wirtschaftliche Zugeständnisse als Mittel für politische Manipulation missbraucht werden. Natürlich sind nicht nur in autoritären Systemen diese Gefälligkeiten im Austausch für politische Unterstützung gang und gäbe: Man sucht die Unterstützung der Mittelklasse, die dann ohne zu zögern politische Freiheiten für materielle Vorteile eintauscht.

Diese Art der Manipulation spiegelt sich auch in der Mediensituation wider. In der Türkei sind die Mainstreammedien in der Hand von großen Konzernen, die wiederum in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zur Regierungspartei stehen. Der Niedergang der Leistungsgesellschaft, das Boomen von Vetternwirtschaft, politische Einflussnahme in der Privatwirtschaft und politisch motivierte Beschlagnahmungen und Festnahmen sind die typischen Folgen eines solchen Systems – mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft.

Die türkische Wirtschaft leidet zudem unter dem außenpolitischen Kurs der Regierung. Das

diplomatische Regionalpolitik zustande zu bringen, hat schwerwiegende ökonomische Folgen. Die schrittweise Distanzierung der Türkei von ihren westlichen Verbündeten hat zu großen wirtschaftlichen Einbußen geführt.

Wirklich schlimm ist aber, dass die AKP-Partei mitnichten einsieht, dass der Niedergang der türkischen Wirtschaft selbstverschuldet ist. Stattdessen sucht man im In- und Ausland nach Feinden der Türkei. Überall werden vor allem Regierungen für einen wirtschaftlichen Niedergang verantwortlich gemacht. Im Fall der Türkei wäre das besonders angebracht.

## Schlechte Schlagzeilen

Das ganze Land wartet derzeit auf den Beginn des pikanten Gerichtsverfahrens gegen den türkisch-iranischen Geschäftsmann Reza Zarrab, der in den USA in Untersuchungshaft sitzt. Zarrab wird vorgeworfen, das US-Wirtschaftsembargo gegen den Iran gebrochen sowie Geldwäsche und Bankbetrug begangen zu haben. Zum großen Ärger von Präsident Tayyip Erdogan scheinen in die Affäre auch einige Regierungsmitglieder und Beamte involviert zu sein. Solche Schlagzeilen können die türkische Wirtschaft weiter destabilisieren.

Und doch herrscht weitgehend Schweigen, wenn es um die Wirtschaft geht. Über die große ökonomische Krise zu sprechen, ist quasi verboten. Und wer es dennoch wagt, steht im Verdacht, einer dieser Agenten zu sein, die ein „Komplotz gegen die Türkei“ aushecken und nach deren Niedergang trachten.

**NURAY MERT** erhielt 2017 die Vienna Journalism Fellowship. Sie schreibt monatlich für den STANDARD. Mert war Kolumnistin für diverse Medien sowie Talkshowmoderatorin. Auf Druck der Regierung verlor sie ihre Anstellungen. Zurzeit

## LESERSTIMMEN

### Katholische Veranstaltung

Betrifft: Kurzmeldung „Fromme Wünsche an die neue Bundesregierung“

DER STANDARD, 11./12. 11. 2017  
Als Leser und Abonnent Ihrer Tageszeitung von deren Erstausgabe an bin ich doch erstaunt über ein recht bedeutsames Versäumnis in Ihrer Wochenend-Ausgabe vom 11. November.

Sie berichten von einer Herbstversammlung der „Österreichischen Bischöfe“, merken aber an keiner Stelle an, was doch gerade in diesem Zusammenhang sehr wichtig ist, zu welcher Glaubensrichtung diese Bischöfe gehören.

schöfe, und dem STANDARD-Berichterstatter sollte doch klar sein, dass es außer den katholischen noch andere Bischöfe gibt, auch evangelische, was doch gerade wegen dieses von den katholischen Bischöfen dort gefassten Beschlusses von großer Wichtigkeit ist.

Um es klarzustellen: Eine eindeutige Absage gibt es also seitens der katholischen Kirche für die Einführung der Ehe für homosexuelle Paare; die evangelisch-lutherische Kirche hingegen aber anerkennt diese den betroffenen Menschen von der Natur und damit wohl von Gott vorgegebene Andersartigkeit und damit auch deren Lebensgemeinschaft.

### Grüße aus Rom

Betrifft: Bundespräsident Alexander Van der Bellen Besuch in Rom  
Seit dem Rausflug seiner Grünen aus dem Parlament scheint Bundespräsident Van der Bellen seine Unabhängigkeit komplett über Bord geworfen zu haben. Aus dem fernen Rom lässt er uns ausrichten, was in Österreich falsch läuft. Scheinbar glaubt er, die grüne Demontage kompensieren zu müssen.

Er wäre gut beraten, Kurz und Strache in Ruhe verhandeln zu lassen und nicht den Oberlehrer zu spielen. Diese hochnäsige Art ist bei seinen grünen Parteikollegen schon in die Hose gegangen.